

Für Wirbel in den Anatomischen Instituten der Bundesrepublik sorgt noch immer ein Fernsehbericht, den die ARD in den „Tagesthemen“ brachte. Die Sache ist zwar Wochen her. Doch die Nachwehen halten an. Jener Fernsehbericht hatte den Eindruck erweckt, Medizinstudenten würden heute noch an Präparaten ausgebildet, die von Opfern des Nationalsozialismus stammten. Genannt wurden die Anatomien in Heidelberg und Tübingen.

Dort wurden unverzüglich die makroskopischen und mikroskopischen Präparate überprüft. Ergebnis: In Heidelberg wurden drei Gewebspräparate, in Tübingen die Schnittserien von vier mikroskopischen Präparaten identifiziert, die mit hoher Wahrscheinlichkeit von NS-Opfern stammen. Später kündigten die Wissenschaftsministerien von Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen eine Überprüfung der anatomischen Sammlungen aller „ihrer“ Universitäten an. Überreste von Opfern des NS-Regimes würden bestattet, hieß es. Und schließlich drückten Politiker den Repräsentanten des jüdischen Volkes ihr Bedauern aus.

Anatomie

Unter Beschuß

Die Anatomen bemühten sich sofort um Aufklärung. Doch über die Herkunft der Präparate ließ sich in vielen Fällen kein zweifelsfreies Urteil fällen. Begründung: Die Leichenbücher erlaubten keine einwandfreie Identifikation von Personen, und auch die Todesdaten seien nicht dokumentiert. So der Direktor des in dieser Sache meist genannten Anatomischen Institutes, das der Universität Tübingen. Durch Erlass des Wissenschaftsministeriums sind die Anatomischen Institute Baden-Württembergs verpflichtet, alle Präparate, die von Opfern des Nationalsozialismus stammen oder bei denen man die Möglichkeit nicht ausschließen kann, aus der Sammlung zu entfernen. Was weiter mit ihnen geschieht, ist noch unklar.

Ausgelöst wurde die Affäre durch einen Vortrag des Tübinger Anatomen Prof. Dr. Ulrich Drews mit dem Titel „Die Zeit des Nationalsozialismus am

Anatomischen Institut Tübingen – unbeantwortete ethische Fragen damals und heute“. Drews, dessen Absicht es nach eigenem Bekunden war, daran zu erinnern, daß während des Nationalsozialismus auch unschuldig getötete Menschen ihre letzte „Verwendung“ in der Anatomie fanden, sieht seine Absicht durch die Berichterstattung der ARD vom 2. Januar jedoch ins Gegenteil verkehrt. „Wem nützt es“, so fragt er, „wenn man nun versucht herauszufinden, ob ein anonymisiertes mikroskopisches Präparat zu einem NS-Opfer gehörte, um anschließend vielleicht die winzig kleinen Gewebeteile und eine Menge Glas zu bestatten?“ Hier sei eine ethische Frage aufgeworfen.

Mit einer solchen Diskussion über die ethischen Dimensionen der jüngsten Ereignisse würden auch die Anatomen einen Beitrag zur Debatte um die Medizin im Nationalsozialismus leisten. Die läuft ja längst, unter anderem auch im Deutschen Ärzteblatt, und sie wird mit dem 92. Deutschen Ärztetag, zu dessen Auftakt das Thema auch behandelt wird, gewiß nicht zu Ende sein. Ruth Oberhausen

Die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Kassenärztlichen Vereinigungen haben viele überraschende Ergebnisse gezeitigt. Vorstände wurden ausgewechselt, von rollenden Köpfen, revolutionärer Stimmung und frischem Wind ist die Rede.

Bei näherem Hinsehen stellt sich indes schnell heraus, daß hier keine blutjungen Revolutionäre „die Macht ergriffen“ haben, sondern berufserfahrene Ärztinnen und Ärzte „im besten Alter“. Die Neuen artikulieren den an der vielbeschworenen, gelegentlich aber wohl vernachlässigten Basis entstandenen Unmut. Da wird geklagt über eine zu nachgiebige Haltung gegenüber „der Politik“; und die Neuen versprechen eine

KV-Wahlen

Neuer Elan, alte Zwänge

schärfere Gangart. Da wird geklagt, die Kassenärztlichen Vereinigungen seien zu weich gegenüber den Krankenkassen; und auch hier versprechen die Neuen energischeres Auftreten. Schließlich wird geklagt darüber, daß die Kassenärztlichen Vereinigungen sich gegenüber dem einzelnen Kassenarzt wie vorgesetzte Stellen verhielten. Und wieder versprechen die Neuen Besserung: mehr Kolle-

gialität, mehr Kontakt zur Basis, mehr Dienstleistungsbereitschaft der Organisationen.

Die Neuen werden sich jetzt mit ihren neuen Aufgaben und den trockenen Realitäten vertraut machen müssen. Sie werden die berüchtigten Sachzwänge zu spüren bekommen; und sie werden unterscheiden müssen, welche Sachzwänge echt und welche vorgeschoben sind. Das wird ein Prozeß sein, der Monate und Jahre dauern kann. Den Neuen wird es dann wahrscheinlich so ergehen wie den jetzt ehrenhaft oder gelegentlich auch blamabel abgetretenen Vorgängern. Die waren ja auch einmal mit Elan angetreten und haben erfahren müssen, daß sich Fortschritt nur mit kleinen Schritten erreichen läßt. NJ